

BUU BROKDORF / WEWELSFLETH
Prozeßvorbereitungsgruppe

Wewelsfleth, den 10.10.77

P r e s s e e r k l ä r u n g

Durch die Schaffung von vollendeten Tatsachen versuchen Atomindustrie und Regierungen die Rechtspolitionen der Kläger zu erschweren. Der gezielte Ausbau der Straßen in der Wilstermarsch, die Bestellung und Vorfertigung des Atomkraftwerks, die Errichtung und Erhaltung der Baustelle unter polizeistaatlichen Bedingungen sind einige bekannte Beispiele.

Mit der Anordnung einer Ausnahmeregelung der sofortigen Vollziehung der Baugenehmigung unterstützt die Landesregierung diese Bestrebungen in unerträglicher Form ! Ein Wiederinkraftsetzen des Sofortvollzugs der Baugenehmigung würde die Position der Kläger in der Hauptverhandlung durch weitere umfangreiche Investitionen auf der Baustelle, in die rechtstaatlichen Grundsätze eklatant verletzenden Weise, behindern !

Inzwischen spricht Bundeskanzler Schmidt uns sogar das Recht ab, unsere Forderung auf Unversehrtheit von Leben und Gesundheit auf dem Gerichtswege durchzusetzen. Seine Begründung : „Umfangreiches Investitionsvolumen liegt brach . "

Die Landwirtschaft ist von den Auswirkungen der Atomindustrie besonders betroffen. Einerseits gelangen die meisten radioaktiven Stoffe über die Nahrungsmittel in den Menschen, andererseits werden Boden, Pflanzen und Tiere in ihrem Wert und Nutzen beeinträchtigt !

Als Folge eines Unfalls würden riesige Mengen Milch und ganze Ernten vernichtet, große Landflächen könnten auf Jahre nicht mehr landwirtschaftlich genutzt werden !

Wir wollen nicht die Versuchskaninchen der Atomindustrie sein ! Wir muten dies auch niemand anderem zu ! Deshalb, und weil sich viele radioaktive Stoffe fast grenzenlos ausbreiten, lehnen wir Bau und Betrieb eines jeden Atomkraftwerkes ab !

Wir werden unseren politischen Widerstand gegen das Atomkraftwerk Brokdorf auch in Zukunft entschieden fortsetzen !

V.i.S.d.P. : Heinrich Voß